

Die überflüssige Schweiz

*Von Ruth Dällenbach, Ruth Gurny, Christoph Hefel,
Beat Ringger und Pascal Zwicky*

I. Die überflüssige Schweiz

Die Schweiz ist auf dem besten Weg, sich überflüssig zu machen. Die neoliberalen Business-Eliten degradieren unser Land zu einem Standortanhängsel der Grosskonzerne und der Banken. Ihr wichtigstes Ziel sind tiefe Steuern für Konzerne und Superreiche. Die Nationalisten bringen Menschen unterschiedlicher Herkunft gegeneinander auf, übergehen grundlegende Freiheitsrechte und wollen die Schweiz im europäischen Umfeld isolieren. Sowohl die Neoliberalen als auch die nationale Rechte sind rückwärts-gewandt und beziehen ihre politischen Vorstellungen aus dem vorletzten Jahrhundert: Der Neoliberalismus verkörpert den Laissez-Faire-Manchester-Kapitalismus, die Nationalisten eine bäuerlich-kleinbürgerliche Schweiz-Idylle. Und die SVP versucht, beides unter einen Hut zu bringen.

Das ›Erfolgsmodell Schweiz‹, von dem aus bürgerlicher Werte in den letzten zwei Jahren so oft die Rede war, wird sich als kurzzeitiger Hype entpuppen, der auf Dauer nicht tragfähig ist. Es basiert im Wesentlichen auf einem aggressiven Standortdumping (Steuerhinterziehungsgeheimnis, Tiefststeuern für Unternehmen, Briefkastenfirmen). Damit locken wir die Gierigsten der Gierigen in unser Land: rücksichtslose Rohstoffkonzerne, Schattenbanken, Steuerflüchtlinge. Das erhöht den Korruptionsdruck, der auf der Gesellschaft und der Politik lastet und die Moral der Bevölkerung untergräbt. Und das Steuerdumping weckt zunehmend den Widerstand anderer Länder.

Mit dem Standortdumping haben die neoliberalen Eliten nach Kapital gerufen, doch es sind auch Menschen gekommen. Allerdings sind einige unserer Infrastruk-

turen der Zuwanderung der letzten Jahre nur beschränkt gewachsen. Überdies machen sich die Spekulanten die Nachfrage nach Wohnraum zunutze und treiben die Immobilienpreise in die Höhe. Und windige Unternehmen betreiben Lohndumping. Solche Entwicklungen machen sich die Nationalisten zunutze. Sie spielen die fremdenfeindliche Karte und wollen damit einer antisozialen und diskriminierenden Politik zum Durchbruch verhelfen. Das Standortdumping verteidigen sie jedoch noch aggressiver als die ›bürgerliche Mitte‹.

Ein Staat, der sich zwischen Marktradikalismus und Fremdenfeindlichkeit zerreiben lässt, wird unnützlich und entbehrlich. Statt den Reichtum, der sich in den spekulativen Finanzmärkten angehäuft hat, wieder in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche zu lenken, lässt dieser Staat zu, dass sich die soziale Ungleichheit und die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft verschärfen. Statt die aktuellen Probleme wie steigende Umweltbelastungen, ausufernde Mobilität und wachsenden Pflegenotstand mit konkreten, demokratisch legitimierten Massnahmen anzugehen, lässt dieser Staat zu, dass die Menschen gegeneinander aufgebracht und Ausländerinnen und ›Sozialschmarotzer‹ in endlosen Schuldzuschreibungen für alles und jedes verantwortlich gemacht werden. Statt in den globalen Beziehungen der Länder Fortschritte zu ermöglichen, blockiert ein solcher Staat die Lösungssuche.

In den nächsten drei Jahren stehen in der Schweiz richtungsweisende Entscheide an. Sie betreffen unsere Stellung in Europa und in der Welt, die Migrations- und die Steuerpolitik. Das knappe Resultat zur Kontingentierungsinitiative der SVP am 9.2.2014 hat dazu den Auftakt gebildet. Wird der migrationspolitische Kurswechsel vom 9.2. in künftigen Abstimmungen bestätigt, dann führt dies zur Isolierung der Schweiz innerhalb Europas. Nun muss sich weisen, ob die Schweiz einen Weg findet, um aus der Negativspirale von Marktradikalismus und Fremdenfeindlichkeit herauszufinden, in die sie jetzt gerade zu geraten droht, und in der sie letztlich überflüssig werden würde.

Die Schweiz vor wegweisenden Entscheiden

Richtungsentscheide hängen eng mit grundlegenden gesellschaftspolitischen Orientierungen zusammen. Auf bürgerlicher Seite dominieren zwei Orientierungen. Die erste, die marktradikale oder neoliberale Orientierung behauptet, nur das freie Spiel von Angebot und Nachfrage führe zu einer optimalen Verteilung der Ressourcen, zu grösstmöglicher Effizienz und Freiheit. Staatliche Eingriffe und Regeln seien auf ein Mindestmass zu begrenzen. Die Politik habe vor allem für optimale Standortbedingungen im Interesse der grossen Konzerne und Finanzhäuser zu sorgen. Dabei sei es für einen Kleinstaat legitim, Tiefststeuern für Unternehmen und Ultrareiche festzusetzen, also ein aggressives Standortdumping zu betreiben.

Die zweite Orientierung gründet auf der Abwehr des Fremden und der Armen. Praktisch sämtliche Schwierigkeiten werden auf drei Probleme zurückgeführt: auf die Überfremdung durch Leute mit anderer Religion, Kultur, Rasse, Mentalität; auf die Schmarotzerhaltung der Armen, die unter Generalverdacht stehen, die Einrichtungen der sozialen Sicherheit zu missbrauchen; schliesslich auf die Laschheit der dominanten Politik, sich diesen beiden Problemen entgegenzustellen, womit die eigene ›harte Linie‹ legitimiert wird. Probleme werden scheinbar gelöst, indem die Fremden und die unbotmässigen Armen zurückgedrängt, eingeschüchtert oder ausgeschlossen werden.

Beide Orientierungen sind radikal rückwärtsgewandt und orientieren sich an Projektionen auf das vorletzte Jahrhundert. Die radikale Marktorientierung verklärt einen möglichst reinen Kapitalismus, der sich weitgehend selbst reguliert. Das entspricht dem Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, in dem es noch praktisch keine sozialstaatlichen Regulierungen und Institutionen gab. Die nationalistisch-fremdenfeindliche Strömung wiederum orientiert sich am mystifizierten Bild einer bäuerlich-kleinbürgerlichen Schweiz. Auch dieses Bild stammt aus dem vorletzten Jahrhundert.

Beide Orientierungen lenken von den zentralen Herausforderungen ab, mit denen wir heute konfrontiert sind: Mit der zunehmend ungleichen Verteilung von Reichtum und Macht, die sich fortwährend auch in kriegerischen Konflikten entlädt (aktuell etwa in Syrien, im Kongo oder in Darfur); mit der wachsenden Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Weltökonomie; mit der Bedrohung der natürlichen Lebensräume durch Verschmutzung und Übernutzung, und mit der Krise, in die wir im Bereich der Sorgearbeit geraten (z.B. durch den Pflegenotstand). Mit ihrer Rückwärtsgewandtheit dienen die bürgerlichen Orientierungsmuster der Machterhaltung der Business-Eliten, der globalen Konzerne und Finanzinstitute sowie ihrer gesellschaftlichen und politischen Entourage. Entsprechend werden beide Orientierungen oftmals kombiniert. Sowohl die SVP als auch die FDP (und Teile der andern bürgerlichen Parteien) huldigen einem marktradikalen, antistaatlichen Fundamentalismus. Bei beiden Parteien gehören Fremdenfeindlichkeit und Nationalegoismus zum politischen Kern-Repertoire. Sie unterscheiden sich in erster Linie in der Frage, in welchem Mass sich die Schweiz der Europäischen Union anpassen soll. Die SVP ist bereit, ein beträchtliches Mass an Isolation in Kauf zu nehmen, während die Mutterpartei des Big Business – die FDP – dies als schädlich fürs Geschäft erachtet.

Zwischen Hammer und Amboss

Die Big-Business-Schweiz erpresst die Bevölkerung seit Jahren mit einer immer wiederkehrenden Drohung. Bei jeder Auseinandersetzung, bei der ihre Interessen auf dem Spiel stehen, kündigen Unternehmen und Ultrareiche an, die Schweiz umgehend zu verlassen, sollten Entscheide zu ihren Ungunsten ausfallen. Auf diese Weise wird eine Politik des Standortdumpings durchgesetzt: rekordtiefe Steuern für Unternehmen und Reiche, wenig regulierte Arbeitsmärkte, lange Arbeitszeiten. Es ist paradox: Einerseits wird von den Business-Eliten das Bild eines ›Erfolgsmodells

Schweiz« zelebriert. Andererseits scheint dieses Modell derart labil zu sein, dass ihm der Untergang droht, wenn nur schon eine kleine politische Intervention zugunsten einer gerechteren Verteilung des von allen erarbeiteten Wohlstands angedeutet wird. Die Folgen dieser Politik sind eine hohe finanzielle Belastung der Bevölkerung durch explodierende Wohnkosten, Gebühren, Selbstbehalte und Krankenkassenkopfprämien bei schwacher Lohnentwicklung, leere Staatskassen, gering ausgebaute öffentliche Dienste im Bereich Betreuung und Pflege und ein Verzicht auf eine aktive Umwelt- und Industriepolitik.

Die Wirksamkeit dieser Erpressung spiegelt sich in der Art, wie politische Vorstösse für mehr Verteilungsgerechtigkeit abserviert werden. Das Muster ist immer dasselbe: In den ersten Meinungsumfragen erzielen entsprechende Vorlagen jeweils satte Ja-Mehrheiten, die anschliessend jedoch durch eine teure und aggressive Abstimmungskampagne gedreht werden. Zum Beispiel die Steuergerechtigkeitsinitiative der Sozialdemokratischen Partei: Eine WählerInnen-Umfrage ergab ein halbes Jahr vor der Abstimmung eine Zustimmung von 58%. Unveröffentlichte frühere Umfragen des Unternehmerverbandes Economiesuisse hatten sogar noch höhere Zustimmungsraten ausgewiesen. Doch schliesslich sagten am Abstimmungssonntag im November 2010 nur noch 42% der Stimmenden Ja. Dazwischen lag eine millionenschwere Abstimmungskampagne: Die Initiative schade »der Wirtschaft« und führe zur Abwanderung der Ultrareichen und zu Arbeitsplatzverlusten. Geklappt hat dies auch bei der 1:12-Initiative, für die sich im Mai 2013 in einer repräsentativen Umfrage der Sonntagszeitung noch 55% der Befragten ausgesprochen hatten (bei 28% Ablehnung und 17% Unentschlossenen). Vier Monate später blieben am Abstimmungstag noch 35% Ja-Stimmende übrig.

Hinter alledem steckt auch ein verzerrtes Bild der »Wirtschaft«, das von den Mainstream-Medien täglich gepflegt wird. Die »Wirtschaft« wird mit den Führungsetagen der Banken und der Grosskonzerne gleichgesetzt. Dieses Bild

hat sich leider auch in den meisten Köpfen bis weit in die Linke festgesetzt. Die Beschäftigten und ihre Organisationen (Gewerkschaften und Berufsverbände) werden beim Stichwort ›Wirtschaft‹ nie mitgedacht, obwohl sie die zentrale ökonomische Substanz ausmachen. Die KMU – die kleinen und mittleren Betriebe – werden zwar allenthalben zur Säule der Wirtschaft stilisiert. Zu sagen aber haben sie nicht viel. Die entscheidende Macht liegt bei den Konzerneliten und den grossen Finanzinstituten.

Gerade diese Eliten aber haben mit der Schweiz nicht mehr viel gemein. Dies spiegelt sich in den Top-Etagen der ›Schweizer‹ Grosskonzerne, in denen Manager aus andern Ländern oftmals in der Mehrheit sind. Es spiegelt sich ebenso in den Besitzverhältnissen: NZZ-Wirtschaftsredaktor Hansueli Schöchli schätzt, dass »zwei Drittel der in der Schweiz börsenkotierten Aktien (...) in ausländischer Hand sind, (...) zum Beispiel bei britischen Beteiligungsgesellschaften, asiatischen Staatsfonds, amerikanischen Hedge-Fonds und Pensionskassen sowie Versicherungen« (NZZ, 19.4.2014, S. 25)¹. Grosse Teile des Rohstoffhandels, der in den letzten zehn Jahren in der Schweiz dank des Standortdumpings einen nie dagewesenen Boom erlebte, sind derart stark in der Russischen Oligarchie angesiedelt, dass Sanktionen gegen Russland im Gefolge der Ukraine-Krise »die Schweiz hart treffen« würden (TA-Hauptschlagzeile vom 28.3.2014).

Schon immer war bürgerliche Politik eine Politik im Interesse der Unternehmen. Bis in die 1980er-Jahre wurde sie jedoch auch von demokratie- und staatspolitischen Ambitionen mitgeprägt. Aber mit der neoliberalen Revolution wurden solche Ambitionen sukzessive abgestreift. Mittlerweile sind Profite und Abzockerei zu einer Art Alleinstellungsmerkmal der Geschäftseliten geworden. Ihre gesellschaftspolitischen Perspektiven sind weitgehend zerfallen, und in ihrem Sog schwindet auch der gesellschaftspolitische Gestaltungswille der bürgerlichen Grossparteien. Daraus ergeben sich dann auch die erheblichen ›Glaubwürdigkeitsprobleme‹, die von den JournalistInnen

der NZZ in ihren Kolumnen regelmässig beklagt werden. Einige zehntausend Investment-Banker, Steuerberater und Computer-Nerds, die es zum Multimillionär schaffen, mögen für die Zeiten boomender Aktienmärkte ein Leitbild mit einer gewissen Breitenwirkung abgeben. Doch das reicht nicht aus, um in breiteren Gesellschaftskreisen identitätsstiftend und integrierend zu wirken. Abzocken bietet keine positive Lebens-Erzählung und keinen nachhaltigen Lebenssinn – erst recht nicht in Krisenzeiten.

Hier kommt die SVP ins Spiel. Mit einem Amalgam aus Jodeln, Mundart, Schwingerschweiss, direkter Demokratie, Landluft, Schlitzohrigkeit und Emmental kreiert sie die Vorstellung eines ›Volkes‹, das sich gegen die Zerstörung von aussen wappnen muss. Sie schafft es, die Geschichte einer binnenorientierten, ›ländlich-agrarischen Schweiz‹ mit einer grenzenlosen, transnationalen, alle Bereiche des Lebens umfassenden und durchdringenden Wirtschaftsordnung zu verbinden – wie wenn es zwischen diesen Weltbildern keine offensichtlichen Widersprüche gäbe. Genau gleich wie die Neoliberalen verklärt sie den Weltmarkt zu einer Naturgewalt. Internationale Wirtschaftskrisen brechen über uns herein wie einstmals die tosenden Unwetter im Emmental, die harmlose Dorfbäche in reissende Gewässer verwandelten und den gotthelf'schen Bauern in seiner Existenz bedrohten. Das Handeln von Finanzmarktakteuren etwa, die im Zusammenspiel mit neoliberalen Regierungen gegen Staaten spekulierten und den ganzen Euroraum in Bedrängnis brachten, wird vollständig ausgeblendet. Der SVP-Übervater Christoph Blocher bringt dies in einem Eigenbeitrag im ›Magazin‹ auf den Punkt: »Ich gelangte auf dem zweiten Bildungsweg zum Studium und habe vorher eine Ausbildung als Landwirt abgeschlossen. Für studentische Höhenflüge – vor allem für die damals aktuellen 68er-Unruhen – hatte ich wenig Verständnis. Ich wusste: Wer als Bauer nicht von frühmorgens bis spätabends die Lebenswirklichkeit beachtet – sei es die der Natur, des Bodens, der Tiere, der Ökonomie –, verliert Haus und Hof. Später als Unternehmer wusste ich:

wer nicht ununterbrochen die Wirklichkeit der Märkte in den Mittelpunkt stellt, geht unter.« (Blocher 2014: 23).

Diese Bilder bieten nichts, was *gemeinsam* entwickelt, gestärkt, verbessert werden könnte. Sie verharren in der Abwehr gegen das Fremde und in einer Welt, in der jede und jeder des Glücks eigener Schmied ist. Geeint werden wir in der Abgrenzung nach aussen und im Hass auf die Sündenböcke: auf die Ausländer, die Sozialschmarotzer, die Islamisten, die Zigeuner, die *Classe politique* und die EU-Bürokraten. Dieser Hass mag vieles sein – nur keine Perspektive.

In scheinbar paradoxer Weise wirken beide Strömungen darauf hin, die Schweiz überflüssig zu machen. Der neo-liberale ›Manchesterkapitalismus‹ des 21. Jahrhunderts reduziert Staat und Gesellschaft darauf, Standortanhängsel der Grosskonzerne und Finanzinstitute zu sein. Mit einer solchen Politik lassen sich Herausforderungen wie die zunehmende Ungleichheit oder die Umweltzerstörung nicht bewältigen. Die unerfreulichen Wirkungen des Standortdumpings wie zum Beispiel der Druck auf die Löhne und auf die Immobilienpreise dienen wiederum als Ferment, um fremdenfeindliche Stimmungen zu schüren. Damit werden Frustrationen über sinnentleerte Lebensentwürfe, hohen Leistungsdruck und gekappte Karrierehoffnungen in Richtung einer klischierten Schweiztümelei gelenkt.

Die Business-Eliten sind der Hammer, der Amboss ist die SVP, und die Bevölkerung ist dazwischen – jedenfalls solange, wie sie sich nicht aus dieser Lage zu befreien vermag. Die aktuellen gesellschaftlichen Aufgaben lassen sich nur meistern, wenn wir die Entschlossenheit aufbringen, sie sachgerecht zu lösen und dafür die nötigen Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen durchzusetzen. Nur so können zukunftsfähige und offene gesellschaftliche Identitäten geschaffen werden. Weder der teleologisch² verklärte Markt noch die alten Bauernregeln helfen weiter.

Schweiz AG

Das Abstimmungsergebnis vom 9.2.14 macht den Konflikt zwischen Abschottung und Offenheit erneut zum dominierenden Konflikt der nächsten Jahre. Diese Auseinandersetzung prägt die Schweizer Politik nun schon seit einem guten Vierteljahrhundert. Ein kurzer Rückblick hilft, die Ausgangslage zu klären.

Im Juni 1987 lancierte der Bundesrat ein nationales Forschungsprogramm (NFP 28) mit dem Titel ›Die Schweiz in einer sich verändernden Welt‹. Die entsprechende Expertengruppe gab bei Prof. Silvio Borner von der Universität Basel eine Grundlagenstudie in Auftrag, die dieser zusammen mit Aymo Brunetti, Assistent an der Universität Basel, und Thomas Straubhaar, Privatdozent an der Universität Bern, verfasste.³ Die Studie wurde anschliessend in Buchform unter dem Titel ›Schweiz AG‹ veröffentlicht und hat massgebend zur Artikulation der strategischen Orientierung der Schweizer Eliten beigetragen. Der Titel ist eine treffende Eigenbeschreibung der damaligen – und heutigen – Grundhaltung der neoliberalen Kräfte: Sie betrachten die Schweiz wie eine Firma – wie *ihre* Firma.

Die Autoren kommen zu folgenden Schlüssen: Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz AG lasse sich auf zunehmend global funktionierenden Märkten nur durch verstärkte internationale Integration auf wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Ebene erhalten. Zentral sei dabei der Integrationsprozess in Europa. Einer solchen Integration stünden allerdings die direktdemokratischen Mechanismen entgegen, die es praktisch unmöglich machten, Entscheidungsbefugnisse an Brüssel abzutreten. Langfristig komme man deshalb nicht darum herum, vom Prinzip der direkten Demokratie abzurücken. Allerdings werde man solche Schritte erst durchsetzen können, wenn die »Kosten des Abseitsstehens entscheidend durchzuschlagen beginnen« (S.182). Im Sinne einer Second-Best-Strategie sei die Wirtschaftspolitik deshalb vorderhand umso konsequenter auf die Steigerung der Attraktivität des Wirt-

schaftsstandortes auszurichten, wobei auf die »heute überragende Bedeutung mobiler gegenüber immobilen Produktionsfaktoren« (S.183) zu achten sei. Der Entwicklung des Finanzplatzes und der Steuerbegünstigung der Unternehmen müsse folglich hohe Priorität eingeräumt werden. Damit artikulieren die Autoren in ihrer Studie die strategische Ausrichtung, wie sie seither vom bürgerlichen Mainstream in der Schweiz umgesetzt wird.

Am 6.12.1992 kam es genau zu jener direktdemokratischen Zäsur, welche die Autoren der Studie befürchtet hatten. Die Stimmberechtigten verwarfen mit der knappen Mehrheit von 50.3% den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR. Der EWR entsprach (und entspricht) einer umfassend konzipierten Freihandelszone, deren Kern aus den vier Freiheiten des Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs besteht und dem heute die Länder der Europäischen Union sowie Norwegen, Luxemburg und Island angehören. Der EWR beinhaltet einen guten Teil dessen, was die Schweiz einige Jahre später in Form der bilateralen Verträge mit der EU ebenfalls vereinbarte. Das Abstimmungsergebnis vom Dezember 1992 war ein überwältigender Sieg für die SVP, die eine massive Nein-Kampagne geführt hatte und deren politischer Aufstieg mit dem EWR-Nein lanciert wurde.

Bilaterale Verträge und Standortdumping

Die wirtschaftlichen Folgen des Nichtbeitritts waren erheblich. Als einziges OECD-Land verzeichnete die Schweiz in den 1990er-Jahren ein Nullwachstum⁴ des realen BIP pro Kopf und wurde »vom internationalen Wachstumszug abgekoppelt« (EDI/SECO, 2002, S.3). Erst 2003 konnte die Schweiz ein Jahrzehnt wirtschaftlicher Stagnation hinter sich lassen (EDI/SECO, 2008, S.7). Zwar wäre es falsch, diese Stagnation einzig dem EWR-Nein anzulasten. Eine wichtige Rolle spielte damals auch ein spekulativ überhitzter Immobilienmarkt, der just zu Beginn der 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts kollabierte. Allerdings befinden

wir uns auch heute wieder in einer ähnlichen Konstellation: Die Immobilienpreise sind derzeit stark überhöht, und gerade eine Abschottung der Schweiz von der EU könnte die Nachfrage einbrechen lassen und die Preise ins Rutschen bringen.

Die Stagnation der 90er-Jahre hatte erhebliche Konsequenzen für Hunderttausende von BewohnerInnen der Schweiz. Die Arbeitslosenquote lag bis zu Beginn der 90er-Jahre in der Regel unter 1%. Bis 1997 stieg sie auf einen historischen Höchststand von 5,2%. Ebenfalls in die Höhe schnellten die Zahlen der IV-RentenempfängerInnen, weil der Druck in der Arbeitswelt beträchtlich zunahm und die Unternehmen immer weniger Bereitschaft zeigten, Menschen mit Leistungsbeeinträchtigungen zu beschäftigen. Schliesslich nahm die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen ebenfalls beträchtlich zu.

Die Schweizer Eliten reagierten auf das Abstimmungsergebnis von 1992 mit einer Doppelstrategie. Sie nahmen mit der EU Verhandlungen auf, um die Verhältnisse auf bilateralem Weg zu regeln. Und sie intensivierten ihre Bemühungen für ein aggressives Standortdumping. 1998 wurden im Zuge der Unternehmenssteuerreform I die bundesweiten Unternehmenssteuern erheblich gesenkt und der Spielraum für die Kantone markant ausgeweitet, um mit steuerlichen Sonderkonstrukten (Briefkastenfirmen etc.) Unternehmen zusätzlich zu bevorteilen. Die erhoffte Wirkung blieb nicht aus: Die Summe der in der Schweiz deklarierten Gewinne (Aktiengesellschaften und GmbH) stieg von 99.4 Mia Franken 1998 auf 140.5 Mia Franken im Jahr 2000. Danach sank diese Summe vorübergehend im Zuge der dot.com-Wirtschaftskrise 2002 wieder auf 106 Mia Franken (Baumann/Ringger 2011, S.126).

Nach fünf Verhandlungsjahren konnten sich die EU und die Schweiz schliesslich am 21. Juni 1999 auf ein Set von sieben Verträgen einigen, die sogenannten Bilateralen Verträge I. Darunter befand sich als Herzstück das Übereinkommen zur Personenfreizügigkeit. Nachdem diese Abkommen am 21. Mai 2000 von den Stimmberechtigten

mit 67.2% Ja-Mehrheit angenommen worden waren, traten sie am 1. Juni 2002 in Kraft. Die EU-Anbindung wurde 2005 durch die Bilateralen Verträge II (Schengen-Vertrag zu den offenen Grenzen und Dublin-Vertrag zur Koordination der Asylpolitik) und durch die Akzeptanz der EU-Osterweiterung noch verstärkt.

Mit den bilateralen Verträgen und mit dem offensiven Standortdumping hatte sich die Business-Schweiz letztlich auf der ganzen Linie durchgesetzt. Für einige Jahre trat der Gegensatz zwischen dem Nationalkonservatismus der SVP und dem Standortdumping der Business-Eliten in den Hintergrund. Die SVP mässigte ihre Anti-Europa-Opposition, und im Gegenzug mutierten wichtige Führer der Business-Welt zu SVP-Anhängern (wie z.B. der UBS-Chef Marcel Ospel). War Blocher 1991 wegen seines Anti-EWR-Engagements von der damaligen Schweizerischen Bankgesellschaft (heute Teil der UBS) nach zehn Jahren als Verwaltungsrat nicht mehr zur Wiederwahl nominiert worden, so hatte sich zwölf Jahre später das Blatt gewendet: Blocher wurde unter anderem dank der Lobby-Arbeit von Marcel Ospel am 10. Dezember 2003 in den Bundesrat gewählt. Die neu vereinten bürgerlichen Kräfte versuchten anschliessend, den Sozialstaat beträchtlich zurückzustutzen, scheiterten jedoch in einer wegweisenden Abstimmung im Mai 2004, als die StimmbürgerInnen eine AHV-Abbauvorlage und eine Steuerabbauvorlage gegen die geschlossene Front der bürgerlichen Parteien und des Bundesrates mit je einer Zwei-Drittels-Mehrheit bachab schickten.

Die Kombination von Standortdumping und bilateralen Verträgen führte ab 2003 zu einer Boomphase der Schweizer Wirtschaft, die – mit Ausnahme des Einbruchs in der Finanzkrise 2009 – bis heute anhält. Dieser Boom verläuft allerdings asymmetrisch: Er nützt in erster Linie den Kapitaleignern, während sich die Lebenslage der grossen Bevölkerungsmehrheit kaum entspannt hat. Der Anteil der Armutsbetroffenen blieb weitgehend konstant, und die Zahl der Menschen, die auf Ergänzungsleistungen zu IV

oder AHV angewiesen sind, hat erheblich zugenommen. Besonders ins Auge sticht demgegenüber die gewaltige Zunahme der hierzulande deklarierten Profite: Von 106 Mia Franken (2002) stiegen die Unternehmensgewinne von Aktiengesellschaften und GmbH zunächst noch verhalten auf 119.7 Mia Franken (2004), um sich dann innerhalb von nur vier Jahren auf 280.3 Mia Franken hochzuschrauben (Baumann/Ringger 2012, S. 3)⁵.

Mit diesem Kapitalsog lässt sich auch ein beträchtlicher Teil der Arbeitsmigration der letzten Jahre erklären. Die Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren erfragt bei den Kantonen seit 2005, wie viele Firmen dank aktivem Standortmarketing neu angesiedelt wurden. Ergebnis: Im Zeitraum von 2005 bis 2013 sind dies 3715 Firmen. Wenige Tage nach dem Abstimmungsgang vom 9.2.14 liess sich der Thinktank der Grosskonzerne, Avenir Suisse, mit ungewohnt (selbst)kritischen Tönen vernehmen. Üblicherweise stramm neoliberal argumentierend, fordert Avenir Suisse einen »Verzicht auf gezielte Steuerbegünstigungen für zuziehende Firmen« (Avenir Suisse, 28.2.14, S. 4). WOZ-Redaktor Yves Wegelin stützt die These, wonach der Zustrom von Kapital wegen des Steuere Dumpings wesentlich zum Migrationszuwachs der letzten Jahre beigetragen hat, und rechnet nach, dass von 2005 bis 2012 jährlich rund 40'000 Menschen aufgrund des neu in der Schweiz aktiven ausländischen Kapitals immigriert sind (Wegelin, WOZ Nr. 11/2014, S. 7). Seine Schätzung erfasst nicht nur die von den Kantonen via Standortmarketing eruierten neu angesiedelten Firmen, sondern den gesamten von ausländischen Unternehmen ausgelösten Zuwachs an Jobs samt dem damit verbundenen Familiennachzug.

Ein weiterer wichtiger Grund für die Zuwanderung der letzten Jahre ist der eklatante Mangel an Fachpersonal, insbesondere an Gesundheitspersonal. Letzterer wurde durch die Umstrukturierung der Ausbildungsgänge in den Pflege- und Gesundheitsberufen erheblich verschärft.⁶ Gegenwärtig fehlen jedes Jahr zusätzlich Tausende von Pfle-

gefachpersonen und ÄrztInnen, um die Gesundheitsversorgung in der Schweiz sicherzustellen.

Unter dem Strich entstand ein positiver Wanderungssaldo zwischen 2002 und 2013 von jährlich durchschnittlich rund 70'000 Personen, GrenzgängerInnen nicht eingerechnet. Diese Zahlen schufen den Boden, auf dem die SVP ihren neuerlichen Erfolg erzielen konnte.

Die Folgen der Annahme der SVP-Kontingentierungsinitiative

Die Annahme der SVP-Kontingentierungsinitiative hat – sofern sie in kommenden Abstimmungen nicht widerrufen wird – erhebliche Konsequenzen. Migrationspolitisch ist sie ein beträchtlicher Rückschritt für all jene, die aus EU-Ländern in die Schweiz zuwandern. Gesellschaftspolitisch fördert sie ein Klima des Misstrauens und der Distanz zwischen den Menschen unterschiedlicher Nationalität. In der Arbeitswelt vergrössert sich die Gruppe von abhängig Beschäftigten, die weitgehend rechtlos ist und die sich gegen eine schlechte Behandlung am Arbeitsplatz und gegen Lohndumping kaum wehren kann. Im Hinblick auf die Beziehungen zur EU schliesslich führt die Festschreibung der Kontingentierung mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Kündigung der bilateralen Verträge. Für die Europäische Union ist die Personenfreizügigkeit ein unerlässlicher Eckpfeiler. Die EU verfügt kaum über Spielräume, der Schweiz diesbezüglich Sonderbestimmungen zuzugestehen, weil dies innerhalb der EU eine zentrifugale Dynamik auslösen würde. Die bei den Wahlen des Europäischen Parlaments im Mai 2014 erstarkten rechtsnationalistischen Kräfte würden ein solches Entgegenkommen zu nutzen wissen, um die Personenfreizügigkeit auch in ihrem eigenen Land in Bedrängnis zu bringen. Damit würde die Europäische Union in ihren Grundfesten erschüttert.

Die EU hat stets klar gemacht, dass die bilateralen Verträge mit der Schweiz nur als gesamtes Vertragswerk von Bestand sind, und hat dies durch entsprechende Klauseln

in diesen Verträgen abgesichert. Fällt die Personenfreizügigkeit, fallen auch alle andern Verträge. Damit droht der Schweiz, inmitten von Europa gelegen, von diesem Europa abgeschnitten zu werden. Der mit Abstand wichtigste Handelspartner der Schweiz ist die EU: 56% aller Exporte gehen in die EU, 75% aller Importe kommen aus der EU (BfS, 2014)⁷. Ein erschwerter Zugang zum europäisch regulierten Binnenmarkt hätte zweifellos erhebliche Konsequenzen. Diese Konsequenzen könnten sich als weitaus schwerwiegender erweisen als diejenigen, die aus dem Nein zum EWR von 1992 erwachsen. Denn damals ging es um einen Nicht-Einstieg in ein Vertragswerk, das erst im Entstehen begriffen war. Heute hingegen geht es um den Ausstieg aus etablierten Verhältnissen. Dabei würden nicht nur die ökonomischen, sondern auch die gesellschaftlichen und politischen Beziehungen belastet, wie die EU-Reaktionen für die Bereiche Forschung und Lehre bereits gezeigt haben.

Die SVP wird nicht an sich selbst scheitern

Bei der Weltausstellung in Sevilla im Jahr 1992 zierte das Motto *la Suisse n'existe pas* des Künstlers Ben Vautier den offiziellen Schweizer Pavillon. Die Provokation funktionierte und sie funktioniert bis heute. Chefredaktor Roger Köppel bezeichnete das Motto in einem Weltwoche-Editorial vom Dezember 2012 als ›Selbstmord-Slogan‹ des Schweizer Mainstreams, der 1992 mit der Befürwortung des EWR die Schweiz zur Selbstauflösung habe führen wollen, was nur dank der SVP habe verhindert werden können. Köppel führt hier eine ziemlich spitze Zunge angesichts der Tatsache, dass auf das EWR-Nein eine zehnjährige Schwächeperiode der Schweizer Wirtschaft folgte, und dass mit den Bilateralen Verträgen vieles aus dem EWR schliesslich von der Schweiz doch noch nachvollzogen wurde. Doch erstaunlich genug: Der wirtschaftliche Kriechgang in den 1990er-Jahren wurde in keinem Moment der SVP angelastet. Im Gegenteil begann mit dem

EW-Nein ihr eigentlicher Aufstieg. Bei den Nationalratswahlen steigerte die SVP ihren Wähleranteil von 11.9% im Jahr 1991 auf 28.9% im Jahr 2007. Der Zuwachs wurde erst 2011 gestoppt (26.6%).

Gegenwärtig gibt es einige politische Stimmen, die darauf hoffen, die Folgen der SVP-Kontingentierungsinitiative würden der SVP schaden. Sie seien gewarnt. Auch wenn sich die Geschichte nicht wiederholen muss: Die Wahrscheinlichkeit, dass der Abschottungsentscheid auch diesmal der SVP nützt, ist leider sehr gross. Die SVP wird alles daran setzen, sämtliche negativen Folgen des Entscheides dem Bundesrat, der bürgerlichen ›Mitte‹ und der Linken in die Schuhe zu schieben. Gerade in solchen Anfeindungen hat sie in den letzten Jahren eine unerreichte Meisterschaft erlangt. Die SVP wird nicht an sich selbst scheitern.

Ein Neuanfang?

Mit der Annahme der Kontingentierungsinitiative könnte sich ein ungeordneter Niedergang der Schweiz anbahnen. Doch auch das Gegenteil ist möglich: Der 9.2.2014 mobilisiert jene Kräfte, die sich weder vom Standortdumping noch von fremdenfeindlichen Tendenzen vereinnahmen lassen wollen. Die breite Beteiligung von 12'000 Personen an der Kundgebung für eine offene und solidarische Schweiz vom 1. März 2014, für welche ausschliesslich via Social Media aufgerufen wurde, ist dafür ein Hoffnungszeichen. Ein Neuanfang muss von jenen Kräften getragen werden, die die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch, aktiv und lösungsorientiert gestalten wollen, die nach global tragfähigen Lösungen suchen und die sich nicht mit Varianten des Nationalegoismus begnügen. Deshalb darf die Linke sich jetzt auch auf keinen Fall dem bürgerlichen Mainstream anpassen in der falschen Annahme, so könne die SVP besser zurückgedrängt werden. Dies würde dazu führen, dass sie von der neoliberalen Politik des Standortdumpings und der Schweiz AG absorbiert wird. Doch gerade als Schweiz AG, als reines Business-Projekt,

wird dieses Land auf Dauer nicht bestehen können. Gerade dieses Business-Projekt weckt den Widerstand, der sich – leider – immer wieder auf fremdenfeindliche Weise Ausdruck verschafft. Das Modell ›Schweiz AG‹ darf und soll sich nicht weiterhin durchsetzen. Gesellschaften müssen sich so formieren, dass ihr Gehalt, ihre Kultur, ihre Entscheide weit über die Interessen der Business-Eliten hinausgehen. Ein Land, das dazu keine Kraft aufbringt, wird unnützlich und entbehrlich. Ein Land, das auf Standortmarketing und auf den Interessen von einem Dutzend Grosskonzernen baut, baut auf Sand.

2. Die überflüssige Gesellschaft

Was der Schweiz gegenwärtig widerfährt – dass sie zwischen den Hammer der globalen Business-Eliten und den Amboss der Fremdenfeindlichkeit gerät –, geschieht in ähnlicher Weise auch in vielen andern Ländern. Der Weg aus dieser Falle gelingt nur, wenn dabei emanzipatorisches Potenzial freigelegt und die Macht der Business-Eliten mit einem auf globale Kooperationen ausgerichteten Ansatz zurückgedrängt wird. Was für die Schweiz gilt, gilt überall: Staaten finden für breite Bevölkerungsteile ihre Legitimation nur insofern, als sie das Zusammenleben der Menschen regeln und dabei zum Träger von Gemeinschaft, von Institutionen, von Kultur und von Werten werden, die weit über die Interessen der Grosskonzerne hinausweisen. Staaten müssen ferner dazu beitragen, die existenziellen Herausforderungen anzunehmen, vor denen die gesamte Menschheit steht. Sie müssen versuchen, diese Welt zu einem besseren Ort zu machen. In dem Masse hingegen, wie sie sich den Interessen der Grosskonzerne unterwerfen, werden sie zu deren Agenten und machen aus den Nationen reine Standortanhängsel. Nationen aber, die keinen inneren Widerstand gegen die Macht der internationalen Konzerne entwickeln, werden zu überflüssigen Nationen.

Seit dem Beginn seiner Wirkungsgeschichte hat das Ka-

pital die Tendenz, die Welt in seinem Interesse umzukrem-
peln. Das Unternehmen, das im Wettbewerb nicht mit-
hält, wird eliminiert, und die Vermögenswerte, die keine
Rendite mehr abwerfen, werden abgeschrieben. Da sich
dieser Prozess unter den Bedingungen einer unerbittlichen
Konkurrenz zwischen den verschiedenen Kapitaleignern
abspielt, produziert er ausbeuterische und zerstörerische
Verhältnisse. Die Kapitaleigner stehen unter hohem Druck,
ihr Kapital laufend zu vermehren und dabei alles zu ver-
werten, was sich als verwertbar erweist, und alles zu igno-
rieren, was keinen unmittelbaren Wertzuwachs verspricht.
Wirksam kann dieser Druck nur gemindert werden, wenn
die Gesellschaften, ihre Institutionen und ihre zivile Mobi-
lisierung Grenzen durchsetzen, an die sich alle Kapitaleig-
ner halten müssen. Der sich ständig erneuernde Prozess der
Kapitalverwertung darf nicht länger der Haupttreiber der
gesellschaftlichen Entwicklung sein. Entwicklungen müs-
sen demokratisch kontrolliert und gesteuert werden, und
sie müssen sich am gesellschaftlichen Bedarf orientieren.

Es sind die genannten Prozesse der kapitalistischen
›Landnahme‹, die den aktuellen und den zukünftigen
Handlungsspielraum demokratischer Kollektive definie-
ren und begrenzen. Ein aktuelles Beispiel ist das Trans-
atlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP)
zwischen Europa und den USA, mit dem die öffentlichen
Dienste als neue Märkte für das europäische und das US-
Kapital erschlossen werden sollen. John Hilary, Buchautor
und Honorarprofessor an der School of Politics and In-
ternational Relations der Universität Nottingham schreibt
dazu: »US-Unternehmen sind besonders daran interessiert,
Zugang zu den öffentlichen Gesundheitssystemen in Eur-
opa zu erhalten, in denen sie riesige Märkte sehen, die es
zu erschliessen gilt« (Hilary 2014: 24). Der Skandal rund
um die Abhörpraktiken der US-amerikanischen National
Security Agency NSA hat überdies deutlich gemacht, dass
solche Aneignungsprozesse längst nicht mehr auf stoffliche
und energetische Ressourcen beschränkt sind, sondern die
digitale Landnahme und Enteignung im 21. Jahrhundert

massiv an Bedeutung gewinnt (Altvater 2014 / Blätter 4/14). In eine ähnliche Richtung wie das TTIP würde das multinationale Dienstleistungsabkommen TISA (Trade in Services Agreement) wirken, das seit 2012 von 48 Ländern unter aktiver Mitwirkung der Schweizer Regierung – und unter Ausschluss der Öffentlichkeit – verhandelt wird. Glücklicherweise formiert sich gegenwärtig gegen beide Projekte breiter Widerstand.

Doch es geht noch weiter – beträchtlich weiter. All das, was für die menschliche Existenz zwar unerlässlich, aber für das Kapital nicht unmittelbar verwertbar ist, wird an den Rand gedrängt oder ignoriert. Unerlässlich ist eine intakte Lebenswelt für das (menschliche) Leben auf diesem Planeten. Unerlässlich ist der immense Schatz an Fürsorge, der jeden Tag aufgebracht wird – für die Kinder, für die Pflegebedürftigen, für alle. Doch beides, die intakte Umwelt und ein tragfähiges menschliches Unterstützungs- und Beziehungsnetz, hat für das Kapital nur mittelbaren Nutzen, und das reicht bereits aus, Ignoranz und Zerstörung auszulösen.

Das zwar Überflüssige, aber für das Kapital Verwertbare hingegen wird auf die Spitze getrieben. Daraus resultiert eine sinnentleerte Verschwendungsmaschinerie. Der neueste Trend in der Bekleidungsbranche etwa geht dahin, Kleider zu produzieren, die nur noch einmal getragen und dann fortgeworfen werden. In dieser Maschinerie werden in den armen Ländern (z.B. Bangladesch) unter unmenschlichen Bedingungen Konsumgüter in rauen Massen produziert, die in reichen Ländern (z.B. in der Schweiz) nach einem Kurzgebrauch auf den Müllhalden landen. Die gleiche Maschinerie produziert unnötige medizinische Dienstleistungen (z.B. Operationen, die nicht erforderlich sind), weil die Spitäler gezwungen werden, Gewinne zu machen. Sie erzeugt einen Schwall von unnützen Informationen jeder Art und von administrativ-bürokratischen Monstern, die nur der Verwertung des Kapitals dienen. So gibt es eine weltweite Beratungsindustrie zur Vermeidung von Steuern mit Millionen von Beschäftigten. Im stark privatwirtschaft-

lich geprägten US-amerikanischen Gesundheitswesen verursachen alleine die administrativen Tätigkeiten Kosten in der Größenordnung von 1000 Mia Dollar pro Jahr. Die Pro-Kopf-Kosten für diese Administration bewegen sich damit in der Höhe der Pro-Kopf-Kosten für die gesamte Gesundheitsversorgung in Japan oder Finnland – eine unglaubliche Verschwendung (Himmelstein et al., 2012).

Die enorme, explosive Zunahme der Arbeitsproduktivität ermöglicht es, Güter und Sachdienstleistungen in immer kürzerer Zeit zu produzieren. In vielen Bereichen ist dieser Prozess mittlerweile weitgehend zum Abschluss gekommen. Autos etwa lassen sich kaum mehr rationeller produzieren, als dies heute geschieht. Und deshalb werden sie nun immer komplexer und schwerer, um in der Konkurrenz zu bestehen – was die technischen Errungenschaften im Bereich der Motoreffizienz wieder zunichte macht und verhindert, dass diese Techniken zu einer Entlastung der Umwelt beitragen.

Die enorm gewachsene Produktivität könnte eigentlich genutzt werden, um die Arbeitszeiten zu senken. Doch gegenwärtig geschieht das Gegenteil: Die einen werden zu immer mehr Leistungen angetrieben, während der Anteil derer, die aus der Arbeitswelt ausgeschieden werden, zunimmt. Die Gesellschaften verpassen es, ihre Ressourcen in den Care-Bereich zu lenken und in eine Aufwertung der Sorgetätigkeiten zu investieren, in die Betreuung von Kindern, von Pflegebedürftigen, in das Beziehungsgeschehen zwischen Erwachsenen, in Kultur, in die Verwirklichung der individuellen menschlichen Potenziale. Sie verpassen es, den technischen Fortschritt dazu zu nutzen, um die Lebenswelten zu verbessern und die Umweltschäden zu mindern. Stattdessen werden weitere Unsummen in die Perfektionierung der Maschinerie investiert, etwa in die Roboterisierung der Pflege oder in die Roboterisierung der Kriege mit unbemannten Drohnen. Der deutsche Soziologe Georg Vobruba spricht von der »Crux des Produktivitätsfortschritts unter kapitalistischen Produktionsbedingungen«, die darin besteht, dass »sein Motor, die

Akkumulation, nicht als gesellschaftlich beherrschbares Instrument, sondern als Angelpunkt des Systemfunktionierens selbst und damit als Selbstzweck, als Akkumulationszwang, institutionalisiert ist« (Vobruba 2006: S. 12).

Zur Disposition stehen die gesellschaftlichen Belange als öffentliche Angelegenheiten, als *res publicae* (lateinisch für ›öffentliche Sachen‹). Zur Disposition steht die Republik⁸ und die Möglichkeit der Menschen, die gesellschaftlichen Verhältnisse als Kollektiv demokratisch einzurichten. Den öffentlichen Angelegenheiten droht die Demontage durch marktradikale Konzepte und Praxen der Deregulierung, Privatisierung, Liberalisierung. Ein konkretes Beispiel alleine vermag dies besser zu erläutern als tausend Worte: 1980 waren in den USA auf 100'000 BewohnerInnen 139 Personen inhaftiert. In den dreissig Jahren der neoliberalen Dominanz stieg diese Zahl um das Fünfeinhalbfache auf 750 (2010). Das ist Weltrekord – vor Ruanda und Georgien. Viele Gefängnisse werden inzwischen als private, profitorientierte Unternehmen geführt, wodurch ein ökonomisches Interesse und damit eine selbstreferenzielle Dynamik für viele und lange Haftstrafen entstanden ist. Der Strafvollzug verliert seinen Charakter als *res publica*. Manche der profitorientierten Strafanstalten schrecken auch nicht davor zurück, Richter zu bestechen, um Business zu generieren: In Pennsylvania wurden zwei Richter überführt, die über die Jahre 2.6 Mio Dollar Bestechungsgelder von Jugendstrafanstalten dafür erhalten hatten, dass sie bei Bagatellfällen schwere Strafen aussprachen (alle Angaben: Trojanow, 2013, S. 39. Ebenso: Edition Le Monde diplomatique, 2008). Das Beispiel macht auch deutlich, worum es – entgegen der Beteuerungen der neoliberalen Propaganda – eben nicht geht: Es geht nicht um Effizienz und Bürokratieabbau, und schon gar nicht geht es um mehr Freiheit. Worum es aber immer geht, ist der Zuwachs an Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital und das Zurückdrängen demokratischer Prozesse und Einflüsse.

Die schrankenlose Verwertung von Kapital eignet sich

nicht als tragendes Konzept unserer Zeit. Dieses tragende Konzept muss vielmehr die Selbstbestimmung der Menschen über ihre Lebensverhältnisse ins Zentrum stellen. Republiken müssen Gefüge sein, in denen möglichst gute Entscheidungen getroffen werden können, die die Wohlfahrt aller ihrer Mitglieder fördern, und in denen die Durchführung dieser Entscheide unter öffentlicher Aufsicht erfolgt. Das ist nur schlecht vereinbar mit der zunehmend ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen, von Lebenschancen, Einfluss und Macht, wie wir sie gegenwärtig in den meisten Ländern und zwischen den Ländern beobachten. Die Studien des ehemaligen Weltbank-Ökonomen Branko Milanovic belegen, dass zwischen 1988 und 2005 – in absoluten wie relativen Zahlen – weltweit nur die reichsten 10 Prozent (und dabei vor allem die reichsten 5 Prozent) einen Einkommenszuwachs verzeichnen konnten, während alle anderen Bevölkerungsanteile zu den Verlierern gehören. Aufgrund extremer Armut sterben jährlich mehrere Millionen Menschen. Gleichzeitig würde allein der *Gewinnzuwachs* der reichsten 5 Prozent ausreichen, um die Einkommen der gesamten ärmeren Hälfte der Menschheit bis zum globalen Medianeinkommen aufzustocken (Pogge, 2011, S.3f). Diese wachsende materielle Ungleichheit geht einher mit einer wachsenden Ungleichheit der Machtverteilung und unterläuft letztlich jede Form von Demokratie.

Gesucht sind also Wege, Reichtum und Ressourcen gerechter zu verteilen, um Menschen zu ermächtigen und zu befähigen, ihre Lebenswelt mitzugestalten. Gesucht ist eine andere, eine emanzipatorische Demokratie, die über die Trennung von Politik und Ökonomie hinausgeht. Diese Trennung führt dazu, dass die angeblichen ›Naturgesetze‹ der Ökonomie gegen die Freiheit demokratischer Selbstbestimmung gesetzt werden und die Wenigen die Vielen verwalten, indem sie vorgeben, sie allein könnten diese ›Naturgesetze‹ beherrschen (Demirovic 2013). Was es letztlich braucht, ist ein viel stärkerer Begriff von Demokratie. Was es braucht, ist »ein empathisches Verständnis

von Demokratie als politische Form der Selbstgestaltung von Gesellschaft. Wir müssen wieder wirklich verstehen und kulturell-kollektiv verankern, dass wir alle gestalten sollten und gestalten wollen sollten und es die Möglichkeit dazu gibt.« (Rosa/Lessenich, 2014, S. 50f.)

Ein zentrales Problem sind dabei die multinationalen Grosskonzerne, die als materielle Verdichtung von Ungleichheit, als Treiber eines profitgetriebenen und ressourcenintensiven Wachstums sowie eben auch als Gefahr für die Demokratie wirken. Längst sind Grossunternehmen massgebende gesellschaftliche Organisationen, dennoch findet in ihnen eine privatisierte Planung zum Nutzen weniger statt. Einige wenige Manager, Verwaltungsräte und Investoren prägen mit ihren Entscheiden die gesellschaftliche Entwicklung. Grossunternehmen müssen deshalb gegenüber der Gesellschaft verantwortlich gemacht werden. Ihre staatlich geschützten Monopole in Form von Patenten und Zugriffsrechten auf natürliche Ressourcen dürfen nicht länger akzeptiert werden. Stattdessen brauchen wir unter anderem eine konsequente Förderung von offenen Patenten, die allen frei zur Verfügung stehen (Stalder, 2011; Nuss, 2011). Wichtige, für das Funktionieren der Gesellschaften unerlässliche Produkte und Dienste müssen als Service public verstanden, demokratisch reguliert und nach Bedarf auch öffentlich erbracht werden. Dabei müssen diese öffentlichen Dienste gegenüber dem heute üblichen Verständnis deutlich ausgeweitet werden. Zum Beispiel müssen auch grundlegende Finanzdienste wie die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, die Verwaltung der Ersparnisse der Haushalte sowie die Vergabe von Hypothekarkrediten und von Krediten an KMU als Service public konzipiert werden. Eine solche Neuordnung der Finanzdienste hat die Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie bereits 2010 vorgeschlagen (Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie, 2010). Zusammen mit einer strikten Regulierung der Finanzprodukte und einer Eigenmitteluntergrenze von 30% für Banken kann damit das sogenannte Too-big-to-fail-Problem⁹ gelöst werden.

Ein zusätzlicher, wichtiger Weg ist die Demokratisierung der Grosskonzerne von innen. Die Belegschaften müssen an Einfluss gewinnen, ohne dass sie dadurch an die Konzernpolitik gekettet werden. Den globalen Konzernleitungen sollen unabhängige globale Arbeitnehmervertretungen gegenübergestellt werden. Diese wiederum müssen frei mit Gewerkschaften und mit Organisationen der Zivilgesellschaft (z.B. KonsumentInnen- und Umweltorganisationen) kooperieren können, um die Konzernpolitik im Sinne des gesellschaftlichen Gesamtinteresses zu beeinflussen. Betroffene Stakeholder werden so zur Mitgestaltung ermächtigt, ihr Einfluss institutionell abgesichert. Dabei geht es um weit mehr als um die klassische Mitbestimmung. Ziel ist vielmehr das Primat der öffentlichen Interessen über die Profit- und Machtinteressen der Konzerneigner, Ziel ist das Durchbrechen der autokratischen Verhältnisse innerhalb der Grossunternehmen, in denen die Einen das Sagen haben und die Andern gehorchen müssen.

Auch übergeordnete wirtschaftliche Entscheide müssen künftig demokratisch legitimiert sein. Beispiel Informationsverarbeitung: Die Festlegung von Standards und Schnittstellen ist ein überaus wichtiges Einflussfeld, das sich heute einer demokratischen Einflussnahme weitgehend entzieht. Beispiel Pharmaindustrie: Die Entscheide darüber, in welche Bereiche die Forschungsgelder gelenkt werden, sind von hohem öffentlichem Interesse. Sie dürfen nicht den privaten Profitinteressen der Pharmakonzerne überlassen werden.¹⁰ Schliesslich müssen auch wirtschaftliche Rahmenziele demokratisch ermittelt werden. Solche Rahmenziele sind meist eng gekoppelt mit generellen Richtungsentscheiden, z.B. hinsichtlich der Energieerzeugung und -nutzung.

Demokratie ist dabei weit mehr als die Etablierung von Mehrheitsentscheiden. Demokratie ist ebenso die Entwicklung einer partizipativen und emanzipatorischen Kultur, in der es um Transparenz, Konfliktfähigkeit, Verhandlungskompetenz, kreative Lösungsfindung und gesellschaftspolitisches Engagement geht. Entscheidend ist dabei nicht,

dass alle Leute jederzeit voll auf ihre Rechnung kommen. Entscheidend ist, dass alle Leute reale Möglichkeiten haben, Einfluss zu nehmen und ihre Lebensperspektiven zu verbessern.

3. Der überflüssige Mensch

Wir leben in einem System, das eine wachsende Zahl von Menschen überflüssig macht, so die Diagnose von Ilija Trojanow in einem aktuellen, breit beachteten Essay. Wer weder im Bereich der Produktion noch in der des Konsums mittun kann, wird überflüssig. Wer keiner Erwerbsarbeit nachgeht, mutiert zum Kostenfaktor, zur potenziellen ›Sozialschmarotzerin‹, zum ›Scheininvaliden‹. Jede und jeder, der/die schon einmal die Erwerbsarbeit verloren hat – spürte die grundlegende Infragestellung seiner Existenz durch die herrschenden Wertvorstellungen. Jede und jeder weiss: Ihre/seine Nützlichkeit hat nur provisorischen Charakter. »Die meisten Menschen leben im Treibsand zwischen gebraucht werden und überflüssig sein. Sie kämpfen darum, nützlich zu bleiben, wesentlich zu werden – nicht abzustürzen in die spätkapitalistischen Müllhalden, aus denen es keine Rettung gibt. Es geht um alles« (Trojanow, 2013, S. 28). Letztlich verbirgt sich hinter der Prekarisierung des Gesellschaftlichen also die Prekarisierung des Menschen überhaupt.

Der Kampf wird zunehmend darüber geführt, existieren zu dürfen. Die russische Zeitschrift *Ekologitscheski Postmodern* (Ökologische Postmoderne) publizierte vor einigen Jahren einen Bericht zur Frage, wie viele Menschen nach ökonomischen Kriterien überflüssig seien. Der Bericht enthielt eine Schätzung für jene 107 Staaten der Welt, in denen offenbar solch überflüssige Menschen leben. 3'548'860'800 an der Zahl sollen es gemäss *Ekologitscheski Postmodern* sein. Ähnliche Vorstellungen äussert Ted Turner, CEO des tonangebenden US-Nachrichtensenders CNN und Vizepräsident von Time-Warner. Turner sprach

2008 am World Affairs Council of Philadelphia vom visionären Ziel, die Weltbevölkerung auf zwei Milliarden zu verringern. 1996 hatte Turner in einem Interview sogar noch gemeint: »Eine Bevölkerung von 250–300 Mio Menschen, also ein Rückgang um etwa 95%, wäre ideal«¹¹. Turner weiss, welche Welt er sich dabei wünscht. Er besitzt Latifundien in Montana, Nebraska, Oklahoma und New Mexico, die er von Menschen weitgehend geräumt hat. Zugang haben nur reiche Jäger, die fünfstelligen Beträge für den Abschuss eines Elchs oder eine Hirschkuh bezahlen (Trojanow, S. 20).

Man könnte solches Gedankengut und solche Praxen als Spinnerei von menschenverachtenden Ultrareichen abtun. Doch das wäre zu kurz gegriffen. Denn in der Umweltdebatte hat sich längst die Vorstellung etabliert, das Problem aller ökologischen Übel sei ›der Mensch‹ als solcher. So erklärt der WWF auf seiner Homepage, die Klimaerwärmung sei »vom Menschen verursacht«¹². Damit ist zwar gemeint, sie habe keine *natürlichen* Ursachen. Und doch wird hier und an vielen andern Orten die Botschaft transportiert, ›wir alle‹ seien der Grund für die Umweltzerstörung: Als KonsumentInnen hätten wir die Macht, alles zu verändern, wenn wir nur wollten. Denn ohne die entsprechende Nachfrage der KonsumentInnen würden die Unternehmen der Umwelt auch keinen Schaden zufügen.

Solche Aussagen gehören zu den schwerwiegenden Irreführungen der Gegenwart. Denn in Wirklichkeit verfügen die KonsumentInnen nur über geringen Einfluss auf gesellschaftliche Verhältnisse. Zwar entscheiden sie darüber, welcher Handy-Hersteller den grössten Absatz erzielt. Doch finden sich in praktisch allen Handys dieselben Rohstoffe, die in denselben kongolesischen Minen unter denselben unmenschlichen Bedingungen geschürft werden. Und praktisch alle Handys werden in denselben asiatischen Fabriken montiert, unter denselben düsteren Arbeitsbedingungen. Bestenfalls führen unsere Kaufentscheide dazu, dass sich ökosoziale Nischenmärkte ausbilden (z.B. für ein Ökohandy) mit dem Ergebnis, dass denje-

nigen Menschen mehr Geld abverlangt wird, die die Natur schonen wollen (was für eine Perversität!), während die übrigen, umweltschädigenden Produkte munter weiterproduziert werden. Die Dinge ändern sich erst dann, wenn klare Gebote und Verbote für die nötige Wirkung sorgen. Paradebeispiel dafür ist die Einführung des Katalysators bei Automobilen. Der obligatorische Katalysatoreinbau konnte dank dem Druck der umweltpolitischen Welle der 1980er-Jahre weltweit durchgesetzt werden und ermöglichte eine massive Reduktion der Stickoxyd-Emissionen.

Wenn behauptet wird, der »*Mensch als solcher*« trage die Schuld an der sukzessiven Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, dann sollten wir hellhörig werden. Die Vermutung liegt nahe, dass sich damit die Spitzen der Grosskonzerne und der Regierungen aus der Verantwortung stehlen wollen. Von einer Schuldzuweisung an den *Menschen als solchen* führt oft auch ein direkter Weg zu den erwähnten Gräuelforderungen nach einer massiven Reduktion der Weltbevölkerung. Solche Vorstellungen schaffen sich umso mehr Bahn, je machtloser sich die Leute fühlen. Sie sind mittlerweile in manche gute Stube eingedrungen – etwa in Form der Ecopop-Initiative, die eine Migrationsbegrenzung aus ökologischen Gründen fordert und die Schweiz als ökologische Alpeninsel bewahren will.

Das heisst allerdings nicht, dass wir keine Verantwortung tragen: Als BürgerInnen, als Beteiligte in der Zivilgesellschaft, als Tätige in Unternehmen und Institutionen ist es unsere Aufgabe, eine andere Wirtschaftsweise durchzusetzen. In dieser Hinsicht ist auch unser Konsumverhalten relevant: Nicht weil wir darin ›Verantwortung‹ tragen, sondern weil wir durch unsere individuelle Lebensgestaltung Räume vorbereiten können für kollektive Veränderungen. Der individuelle Verzicht auf Autofahrten etwa hat als solches – leider – nicht die geringste direkte Wirkung. Aber er kann auf eine kritische Masse von Menschen hinwirken, die einen andern, nachhaltigen Umgang mit der Mobilität einfordern.

Als Richtschnur der künftigen Entwicklung brauchen

wir Leitideen wie diejenige des Buen Vivir, des ›Guten Lebens‹, wie es in den Verfassungen von Ecuador und Bolivien verankert ist. Buen Vivir kombiniert das individuelle Gute Leben mit den Erfordernissen der öffentlichen Angelegenheiten und mit dem Erhalt tragfähiger natürlicher Lebensräume. Buen Vivir grenzt sich klar ab von einem einzig individuell konzipierten ›guten‹ Leben, das zu Lasten anderer geführt wird und nicht im sozialen Zusammenhang verankert ist (Fatheuer 2011, S. 20). Ein wichtiger Aspekt von Buen Vivir sind ausgleichende Verhältnisse ohne Übernutzung und Ausbeutung statt dauerhaftes stoffliches Wachstum. Buen Vivir ist ein pluralistisches Konzept, das weltweit verschiedene Anknüpfungspunkte bietet. Seine Umsetzung erfordert globale Kooperationen, damit Länder wie Ecuador und Bolivien sich aus dem alten Dilemma ›Umweltschutz oder Entwicklung‹ befreien können.

Hier schliesst sich der Bogen zur Diagnose von Trojanow, wonach wir in einem System leben, das eine wachsende Zahl von Menschen überflüssig macht – ein Trend, den wir auf keinen Fall hinnehmen dürfen. Deshalb müssen wir uns von der Dominanz des Kapitals lösen, deshalb müssen wir die demokratische Einflussnahme auf alle gesellschaftlichen Bereiche stärken, und deshalb brauchen wir Leitbilder eines guten Lebens, unter denen es möglich ist, die universelle Gültigkeit der Menschenrechte einzulösen.

4. Die Schweiz vom Kopf auf die Füße stellen

›Empört Euch!‹ ist der Titel eines Essays des ehemaligen französischen Widerstandskämpfers und UN-Diplomaten Stéphane Hessel. Es wurde im Oktober 2010 veröffentlicht. Bis Februar 2011 wurden mehr als eine Million Exemplare verkauft. Die Schrift hat einen Nerv der Zeit getroffen. Der Titel ist das Programm: Empören wir uns gegen die Maschinerie der Sinnlosigkeit!

Zur Dekonstruktion des Gesellschaftlichen gehörte in

den letzten dreissig Jahren auch die Dekonstruktion der BürgerIn. Wer sich für Ziele engagierte, die über den Horizont einer eigenen Karriere hinauswiesen, wurde zum trotteligen Gutmenschen erklärt. Massgebend war der Mensch nur noch als homo oeconomicus, als privater Nutzenoptimierer. Folgerichtig sollte die Politik zurückgedrängt, sollten die massgebenden Entscheide den Marktmechanismen überlassen werden. Damit einher ging ein Zersetzungsprozess des Sinnstiftenden. Denn die wichtigste Quelle des Sinnhaften besteht gerade darin, den Horizont des eigenen Ichs zu überschreiten. Diese Zerstörung des Sinnstiftenden betraf und betrifft nicht nur die Ebene des gesellschaftlichen Engagements, sondern auch die Berufswelt. Wo liegt noch der Sinn einer Berufskarriere als Pflegende oder Ärztin, wenn die Gesundheitsversorgung immer durchgängiger ökonomisiert wird, wenn für menschliche Zuwendung keine Zeit mehr bleibt, wenn Behandlungsentscheide immer weniger vom Wohl der PatientInnen geleitet und immer mehr von kommerziellen Zielen bestimmt werden? Wo liegt der Sinn einer Berufskarriere als Hochschullehrende, wenn immer mehr Zeit für die Akquisition von Forschungsaufträgen und für deren Administration aufgewendet werden muss, und wenn jede relevante, kritische Forschung in den Geruch des ›Politischen‹ gedrängt und verhindert wird?

Wirklich menschlich wird das menschliche Leben erst dann, wenn es mit Sinn erfüllt ist. Der Sinn aber ist das Band, das das Individuelle mit dem Kollektiven verbindet. Sinn entsteht nicht in der Negierung, aber in der Überschreitung des individuellen Nutzens. Ein sinnentleertes, ein sinnloses Leben ist für die meisten Menschen aber schwer auszuhalten und führt in der Regel zu Formen der Sucht (z.B. der Konsumsucht), zu depressiven Verstimmungen, zu aggressivem Verhalten.

Von 1999 bis Mitte der 2000er-Jahre gewann die globalisierungskritische Bewegung weltumspannende Wirkung und Ausstrahlung. Die Enteignung der Politik durch globale, marktradikale Vertragswerke konnte gebremst, die

Debatten über Alternativen zum Neoliberalismus konnten belebt werden (›Eine andere Welt ist möglich‹). Mehrere Länder Lateinamerikas begannen, alternative Formen der Wirtschaft, der Demokratie und der öffentlichen Dienste zu erproben. Die Finanzkrise von 2007 und 2008 hat ein gesellschaftliches Erdbeben ausgelöst, das alle gesellschaftlichen Kräfte vor neue Herausforderungen stellt. Die Verwerfungen, die dadurch entstanden sind, die Versuche, die Folgen der Krise auf die Bevölkerungen abzuwälzen, und die Belebung einer rücksichtslosen Machtpolitik zum Beispiel gegenüber den Südländern Europas bieten wieder tausendfach neuen Grund zur Empörung.

Empörung ist das Schwungrad der Veränderung. Dieser Schwung muss auch die linken und grünen Parteien, die NGO und die Gewerkschaften erreichen. Zusammen mit Bewegungen aus der Zivilgesellschaft müssen sie ihren Widerstand stärken gegen die Kräfte der Resignation, der Abnützung und der Vereinnahmung durch die bestehenden Machtstrukturen. Dies gilt gerade auch für die Schweiz, in der es manchmal scheint, als liesse sich die Regierungsbeteiligung beliebig mit oppositioneller Politik kombinieren.

Entgegen der täglichen Verkündigungen ist neoliberale Politik keineswegs alternativlos. Wenn jedoch Personen, Parteien und Regierungen neoliberale Politik durchsetzen, die von sich behaupten, sie seien grün, sozialistisch, sozialdemokratisch, dann erzeugt dies genau die Ohnmacht, die den Menschen von neoliberaler Seite her als unausweichliches Faktum suggeriert wird. Wenn nämlich ›Linke‹ genau dasselbe tun wie neoliberale Rechte, dann erscheint die Politik der Umverteilung von unten nach oben, die Politik der Sparprogramme und Deregulierungen, die Politik der Unterordnung unter die Finanzmärkte tatsächlich als alternativlos. Und dann suchen die Menschen ihr Heil zunehmend bei nationalegoistischen, fremdenfeindlichen Kräften.

Die Schweiz und Europa

Dreissig Jahre neoliberal geprägter Politik haben das Projekt der europäischen Integration in den Augen breiter Bevölkerungsschichten erheblich diskreditiert. Dieses Projekt muss dringend eine andere Richtung nehmen. In den Europawahlen vom Mai 2014 hat die Linke zwar nicht verloren, und die Südländer schicken einige interessante neue Gruppierungen nach Brüssel, wie Podemos aus Spanien und Syriza aus Griechenland. Stärker zugelegt haben aber vor allem rechte bis rechtsextreme Parteien, die das Heil in der Wiederbelebung von Nationalismus und Abschottung suchen. Damit stellt sich die Frage, ob es noch fortschrittliche Perspektiven geben kann ausserhalb des europäischen Integrationsprozesses. Die real existierende EU ist aus fortschrittlicher Sicht nicht das, was erforderlich ist. Auch haben die europäischen Eliten die supranationale europäische Ebene mit ihren massiven Demokratie-Defiziten immer wieder dazu benutzt, soziale und ökologische Anliegen auf Länderebene auszuhebeln. Aber sehen die Perspektiven auf rein nationalstaatlicher Ebene auf Dauer wirklich besser aus? Oder besteht für die fortschrittlichen Kräfte nicht gerade in der Demokratisierung Europas eine zentrale Aufgabe? Wäre es deshalb nicht konsequent, für den Beitritt der Schweiz in die EU einzutreten?

Wie immer man diese Frage beantworten mag: Auf absehbare Zeit ist ein solcher Beitritt nicht mehrheitsfähig. Gerade auch deshalb ist das Projekt einer Erweiterung der bilateralen Verträge fragwürdig. Das geplante Rahmenvertragswerk verstärkt ein Konstrukt, bei dem die Schweiz neoliberale Regeln übernimmt, ohne sich den damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen auf EU-Ebene zu stellen. Beispielsweise könnte die Übernahme von dynamischem EU-Recht das Ende der flankierenden Massnahmen bedeuten.

Umso wichtiger ist es, dass sich die Schweizer Linke nun entschlossen in die laufenden Auseinandersetzungen um die Migrationspolitik, die Steuerpolitik und die Bezie-

hungen zur EU einbringt (siehe Kasten ›Wie weiter nach dem knappen Ja zur Kontingentierungsinitiative?‹). Dabei braucht es auch Vorschläge, die mehrheitsfähig sind und die Situation deblockieren helfen. Im Zentrum müssen die Bemühungen stehen, den gegenwärtigen Stand der bilateralen Verträge zu sichern, eine Verschärfung der Migrationspolitik zu verhindern, dem Standortdumping einen Riegel zu schieben und ökologische und soziale Schutzmassnahmen voranzubringen, die der Bevölkerung echten Nutzen bringen. Den Auftakt dazu bildet die Abstimmung über die Ecopop-Initiative.

In jedem Fall muss sich die Linke Klarheit verschaffen zur Frage der Personenfreizügigkeit. Sie muss unseres Erachtens als ein Freiheitsrecht verstanden werden. Wenn Menschen in einem andern Land eine Arbeitsstelle angeboten bekommen oder studieren wollen, so muss es ihr Recht sein, sich im entsprechenden Land niederlassen zu können. Dies soll für MigrantInnen in der Schweiz gelten und für SchweizerInnen im Ausland. Die Personenfreizügigkeit soll auch Leuten aus Nicht-EU-Ländern gewährt werden. Selbstverständlich muss entschlossen dafür gekämpft werden, dass die jeweiligen Arbeitsregelungen des Gastlandes zur Anwendung kommen und keine Dumpingwirkungen auf die Löhne entstehen. Mit polizeistaatlich kontrollierten Kontingentierungsregelungen ist den Dumpingwirkungen aber nicht beizukommen. Denn sie machen aus den betroffenen MigrantInnen rechtlose Menschen, die deshalb dem Druck der Arbeitgeber umso stärker ausgeliefert sind.

Die Schweiz vom Kopf auf die Füsse stellen

Die Welt der globalisierten Konzerne bietet für die grosse Mehrheit der Menschen keine Heimat mehr. Der Weg zurück in die (vermeintliche) Heimat-Idylle des letzten oder gar vorletzten Jahrhunderts ist ebenfalls verbaut. Ein Ausweg aus dieser Sackgasse kann nur von jenen Kräften kommen, die ein tragfähiges gesellschaftliches Ent-

Wie weiter nach dem knappen Ja zur Kontingentierungsinitiative?

Der knappe Entscheid vom 9.2.2014 stellt die EU-Anbindung der Schweiz akut in Frage. Dies richtet sich gegen vielfache Interessen der Grosskonzerne und der Banken. Der bürgerliche Mainstream sucht denn gegenwärtig auch in alle Richtungen nach Möglichkeiten, die Umsetzung der Kontingentierung mit den bilateralen Verträgen zu vereinbaren. Der Bundesrat wiederum will die Initiative wortgetreu umsetzen, um der SVP den Wind aus den Segeln zu nehmen. Vermutlich setzt er darauf, dass die EU sich auf keinerlei Verhandlungen zu einer Aufweichung der Personenfreizügigkeit einlässt, und dass danach die Bevölkerung in einer zweiten Abstimmung die bilateralen Verträge höher gewichten wird als die Umsetzung der Kontingentierungsinitiative. Die SVP wittert dementsprechend bereits auch Verrat, »Komplotte« und »Geheimabsprachen« (NZZ, 6.6.14). Gleichzeitig fordert sie, das Abkommen zur Personenfreizügigkeit mit der EU sei zu kündigen. Wenn der Bundesrat dies nicht von sich aus anpacke, dann werde sie eine Durchsetzungsinitiative lancieren.

Der Bundesrat schlägt dabei eine heikle Marschrichtung ein. Trotz des Verdikts vom 9.2.14 setzt er die Verhandlungen mit der EU über einen Ausbau der bilateralen Beziehungen fort. Dabei stehen zwei Vorhaben im Zentrum. Die EU fordert von der Schweiz, sie müsse diejenigen Teile des EU-Rechts, das die bilateralen Verträge tangiere, automatisch übernehmen, und sie verlangt, dass die Schweiz sich dabei einer übergeordneten Gerichtsbarkeit unterzieht. Ein solcher Schritt hätte möglicherweise zur Folge, dass die flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping ausgehebelt würden. Parallel steht ein Abkommen im Raum, das den Schweizer Strommarkt in den Europäischen Strommarkt integriert, ihm dabei aber auch erhebliche Deregulierungen aufnötigt. Offenbar will der Bundesrat dem Stimmvolk eine Vorlage für eine entsprechende Ausweitung der bilateralen Verträge unterbreiten. Sein Kalkül: Die Bevölkerung, die bislang den bilateralen Weg in allen Abstimmungen gestützt

hat, wird dies auch ein weiteres Mal tun. Damit werden die Kontingentierungsbestimmungen so weit geschwächt, dass sie Makulatur bleiben.

Doch dagegen rüstet sich Christoph Blocher, der sich mit grossem Tamtam aus dem Nationalrat zurückgezogen hat, um dieses Vorhaben mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften bekämpfen zu können. Dafür hat er bereits ein Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt gegründet (www.eu-no.ch). Seine Karten stehen gut: Mit den Argumenten, keine fremden Richter und keine automatische Übernahme von fremdem Recht zu akzeptieren, wird er punkten können.

Damit zeichnen sich gegenwärtig drei mögliche Konstellationen ab.

Erstens: Die am 9.2.14 beschlossenen Kontingentierungsbestimmungen werden umgesetzt, was zur Kündigung der bilateralen Verträge führt. Die Schweiz wird auf Jahre hinaus isoliert und gerät innenpolitisch in verstärkt reaktionäres Fahrwasser. Dieselbe Wirkung hätte die Annahme der Ecopop-Initiative. Bei einer solchen Entwicklung muss die Linke überprüfen, ob sie sich aus dem Bundesrat zurückzieht und eine konsequente Oppositionsrolle einnimmt. Denn ein Verbleib in der Regierung hätte zur Folge, in eine Rechtsentwicklung eingebunden zu werden, in der die Glaubwürdigkeit der Linken erheblichen Schaden erleiden könnte. Die Oppositionsrolle hingegen würde es erlauben, konsequent für ein alternatives gesellschaftliches Projekt einzustehen.

Zweitens: Der Bundesrat unterbreitet eine Abstimmungsvorlage, die die Ausweitung des bilateralen Vertragswerkes mit der EU vorsieht. Dies würde von der Regierung dahingehend interpretiert, dass die SVP-Initiative nur in einer mit den bilateralen Verträgen kompatiblen Form umgesetzt werden dürfe. Die Hürden für ein Volksmehr zu ›fremden Richtern‹ dürfte jedoch beträchtlich sein, und auch das geplante Strommarktabkommen wird zu Debatten Anlass geben. Die Gefahr ist gross, dass sich schliesslich doch der isolationistische Weg durchsetzt.

Drittens: Die Schweiz stabilisiert vorerst ihre Beziehungen zur EU auf der Basis der heutigen bilateralen Verträge. Dafür muss sie die am 9.2. angenommenen Bestimmungen zur Kontingentierung wieder aus der Verfassung streichen. Möglich würde dies mit einer entsprechenden Volksinitiative. Parallel dazu müsste ein Massnahmenpaket entwickelt werden zur Sicherung der Lebensqualität: Die flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping werden durch eine Vollzugsoffensive gestärkt; Arbeitnehmende müssen ab dem 45. Altersjahr besser vor Kündigungen geschützt werden; der Bund sorgt mit einer Anschubfinanzierung dafür, dass genügend Gesundheitspersonal ausgebildet wird. Schliesslich muss dem Standortdumping ein Ende gesetzt werden, indem die effektiven Unternehmenssteuern auf den Durchschnittswert der EU angehoben werden.

wicklungsprojekt verfolgen, in dem soziale, ökologische und gesellschaftsliberale Eckwerte miteinander verbunden werden. In den kommenden Auseinandersetzungen ist die Linke herausgefordert, einem solchen Projekt klare Konturen zu geben. Sie muss sich entschlossen allen Versuchen widersetzen, die Schweiz in die Isolation zu drängen. Sie muss gleichermassen daran arbeiten, dass die Schweiz vom finanzmarktorientierten Wasserkopf auf die Füsse gestellt wird.

Die Schweiz AG der Business-Eliten ist eine Schweiz, die auf die Finanzmärkte und auf das mobile Kapital ausgerichtet ist. Diese Strategie ist hochriskant. Die Grossbanken sind bereits ein hochgradiges Klumpenrisiko, der Rohstoffhandel wird es in zunehmendem Masse. Die Schweiz hat deutlich mehr zu gewinnen als zu verlieren, wenn sie diese Abhängigkeiten mindert. Dabei sind zwei miteinander verschränkte Ziele von zentraler Bedeutung: Die Rücknahme des Standortdumpings einerseits und die Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums andererseits. In beiden Fällen liegt der Dreh- und Angelpunkt bei der Besteuerung von Unternehmen und ultrareichen

Personen. Die effektiven Steuersätze für Gewinne, hohe Einkommen und hohe Erbschaften müssen dabei mindestens auf das durchschnittliche Niveau der umliegenden Länder angehoben werden. Die Schweiz ist ein überaus attraktiver Wirtschaftsstandort und hat es angesichts der Qualität der Infrastrukturleistungen überhaupt nicht nötig, den internationalen Konzernen und den ultrareichen Rentiers Steuergeschenke zu machen. Man vermietet die Suite eines Fünf-Stern-Hotels auch nicht zum Preis einer Jugendherberge.

Mit einer solchen Steuerwende sorgen wir auch dafür, dass ein Teil des gesellschaftlichen Reichtums, der gegenwärtig in den Finanzmärkten vagabundiert und immer neue Spekulationsblasen erzeugt, zurück in die Zonen gesellschaftlicher Nützlichkeit transferiert wird. In der Schweiz besteht für eine solche Rückverteilung ein beträchtlicher Spielraum. In kaum einem andern Land der Welt ist das Vermögen ungleicher verteilt als hierzulande (Kissling, 2014).

Das neoliberale Hamsterrad, in das wir gegenwärtig gezwungen werden, ist nicht zukunftsfähig. Das neoliberale Steigerungsspiel braucht eine »gewaltige und immer grössere kulturelle Antriebsenergie. Diese wird ihm zugeführt durch eine politische Position, die den einen permanent einhämmert: Ihr seid die Sieger! Ihr seid die Gewinner! Ihr habt ein gutes Leben! Verteidigt euren Vorsprung! Bleibt oben! Der Kampf ist hart! Und den anderen: Ihr seid die Betrogenen! Ihr kommt zu kurz!« (Rosa 2012). Es reicht nicht aus, den Zu-Kurz-Gekommenen einen grösseren Kuchenanteil sichern zu wollen und darüber hinaus keine alternativen gesellschaftlichen Perspektiven anzustreben. Es ist wichtig und richtig, Löhne und Renten einzufordern, die ein Leben in Würde ermöglichen. Ebenso wichtig aber sind die öffentlichen Care-Dienste (Gesundheit, Betreuung, Pflege), der Schutz der Umwelt, die Stärkung und Ausweitung der Demokratie. Eine Wende in der Verteilungspolitik muss die erforderlichen Spielräume eröffnen, damit die Schweiz ihre Entwicklung nicht mehr

primär an der Kapitalverwertung, sondern an den gesellschaftlichen Bedürfnissen und an der kollektiven Selbstbestimmung der Menschen orientiert. Wir wollen eine Gesellschaft, die die Vielfalt menschlicher Existenzen und Erfahrungen wertschätzt und fördert. Die Schweiz soll ein Land werden, das wesentlich zu den Lösungen der globalen Probleme beiträgt, statt Teil des Problems zu sein. Ein Weg dorthin führt unter anderem über eine Politik der Commons und der offenen Patente als progressive Gegenstrategie zur kapitalistischen Landnahme. Wenn eine Erfindung, eine Software, ein Medikament als offenes Patent deklariert ist, dann ist jedermann weltweit zur freien Nutzung berechtigt, das heisst er kann die entsprechenden Verfahren und Produkte herstellen und weiterentwickeln, ohne irgendwelche Lizenzgebühren bezahlen zu müssen. Die einzige Bedingung ist, dass sämtliche Weiterentwicklungen wiederum als offene Patente verfügbar sind. Dadurch entwickelt sich ein kooperatives Wirtschaften von Akteuren wie KMU, öffentlich-rechtlichen Unternehmen und NGO's, deren Handeln nicht auf Profitmaximierung ausgerichtet ist. Würde die Schweiz zu einem zentralen Förderer von offenen Patenten, dann würde dies weltweit eine beträchtliche Dynamik auslösen. Die entsprechenden Erträge würden nicht mehr von wenigen Grosskonzernen in Form von Monopolprofiten auf patentierten Gütern eingestrichen. Die Erträge würden vielmehr an diejenigen gehen, die substanzielle Dienstleistungen erbringen. Und der Nutzen könnte sich rasch und kooperativ verbreiten – zum Beispiel in Form von freier, transparenter Software, die keine versteckten Spionagemodule des NSA enthält, oder in Form von Medikamenten, die auch für die Bevölkerung armer Länder erschwinglich sind.

Eine solche politische Wende vollzieht sich nicht per Knopfdruck. In Krisensituationen allerdings – und solche werden wir in den kommenden zwei Jahrzehnten zur Genüge erleben – werden Entwicklungen möglich, mit denen kurz zuvor noch niemand ernsthaft gerechnet hat. Ein Beispiel dafür ist die Bedeutung, die die neue griechische

Linkspartei Syriza innerhalb von wenigen Monaten gewonnen hat. Solche Veränderungen sind jedoch nicht voraussetzungslos. Sie können nur auf der Basis einer Linken gelingen, die ihre Aufsässigkeit bewahrt beziehungsweise wiedererlangt und bereit ist, gesellschaftlichen Führungsanspruch anzumelden. Nur eine solche Linke kann breite Bevölkerungskreise davon überzeugen, fortschrittliche Wege zu gehen.

Fussnoten

- 1 Das Phänomen der Internationalisierung der Konzerne und Finanzinstitute ist nicht auf die Schweiz beschränkt. Laut der Welt am Sonntag vom 29.9.2013 befindet sich auch in Deutschland mittlerweile eine Mehrheit von 58% der Dax-Konzerne in den Händen ausländischer Investoren (Ferngesteuerte Deutschland-AG, S.46). Viele von den Argumenten, die wir hier entwickeln, gelten in Varianten denn auch für andere Länder des reichen Nordens.
- 2 Teleologisch meint hier: Dem Markt wird unterstellt, dass er von alleine rationale Ziele verwirklicht und Probleme löst. Dabei wird ein idealer Markt angenommen, den es in der Wirklichkeit nicht einmal annähernd gibt.
- 3 Alle drei Autoren gehören heute zu den führenden neoliberalen Ökonomen. Borner blieb bis zu seiner Emeritierung Professor in Basel; er war an vielen weiteren Studien und Meinungsbildungsprozessen beteiligt. Brunetti wurde Leiter der Direktion für Wirtschaftspolitik im Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (bis 2012) und hatte auf dieser Position massgebenden Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der Regierung. Seit 2012 ist er ordentlicher Professor für Wirtschaftspolitik und Regionalökonomie an der Universität Bern. Straubhaar wurde Professor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Hamburg und Direktor des Hamburger Welt-Wirtschafts-Instituts (HWWI).
- 4 Dieses Nullwachstum entsprach allerdings in keiner Weise einer ökologischen Wende und ist ein Beispiel dafür, wie die Wachstumskritik ins Leere zielt, solange sie auf monetäre Grössen wie das BIP Bezug nimmt und nicht auf die ökologisch massgebenden stofflichen Wachstumsverläufe.
- 5 Interessant sind dabei auch noch folgende Details zu den Zahlen von 2008: Von den insgesamt 282'390 erfassten Firmen deklarierten nur 8286 einen Gewinn von mehr als 1 Mio. Franken. Diese 8286 Firmen vereinigten 96% aller Gewinne (270.2 Mia

- Franken) auf sich. 274'104 KMU mussten sich mit den restlichen 10.1 Mia Franken bescheiden – ein deutlicher Hinweis auf die realen Machtverhältnisse in der Unternehmerlandschaft.
- 6 Im Jahr 2004 übernahm der Bund die Hoheit über die Berufsbildung im Gesundheits- und Sozialbereich. Er tat dies im Zuge einer Berufsbildungsreform und führte auf diesen Zeitpunkt eine Zweiteilung der Pflegeausbildung in eine Lehre (Fachperson Gesundheit FaGe) und eine Tertiärausbildung (HF oder FH Pflege) ein. Er versäumte es jedoch, die Kantone und die Betriebe bei dieser Umstellung zu unterstützen, was zu einer unnötigen Lücke an Ausbildungsplätzen führte.
 - 7 <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/06/05/blank/key/handelsbilanz.html>, gelesen am 25.4.14
 - 8 Das Wort Republik stammt vom Lateinischen *res publica*. Eine Republik ist ein strukturiertes öffentliches Gemeinwesen, das erlaubt, die öffentlichen Angelegenheiten nach anerkannten Regeln zu entscheiden und zu ordnen und private Interessen dabei zurückzudrängen.
 - 9 Das Problem besteht darin, dass die Grossbanken wegen ihrer Kontrolle über die elementaren Finanzdienste so bedeutsam geworden sind, dass ihr Konkurs die gesamte Ökonomie in den Abgrund ziehen würde. Diese Banken machen sich dies unverfroren zunutze: Sie wissen, dass sie im Notfall gerettet werden, und gehen deshalb in ihren Geschäftspraktiken hohe Risiken ein – Risiken, die wiederum geeignet sind, die gesamte Wirtschaft zu destabilisieren.
 - 10 Die Mittel fließen heute beinahe ausschliesslich in die Entwicklung neuer Blockbuster. Das sind Medikamente, die Milliardengewinne einspielen sollen. Häufig geht es dabei lediglich um Nachfolgepräparate für bestehende Blockbuster, deren Patente ablaufen. Diese Nachfolgepräparate bringen oft keinen oder nur sehr geringen Zusatznutzen. Die Langzeitfolgen, aber auch die zusätzlichen Potenziale etablierter Medikamente werden hingegen nicht erforscht, weil sich damit kein neues Geld verdienen lässt. Wenig Geld fliesst auch in die Entwicklung von Medikamenten gegen Tropenkrankheiten, weil die Kaufkraft der Menschen im Tropengürtel zu gering ist, oder in die Entwicklung neuer Antibiotika, die im Vergleich zu Krebsmedikamenten oder Blutdrucksenkern viel weniger Gewinn einbringen. Dasselbe gilt für die Erforschung des Einflusses der Ernährung auf die Gesundheit und für die Erforschung alternativer und komplementärer Heilmethoden.

- 11 <http://www.aim.org/wls/five-percent-of-the-present-population-would-be-ideal/>, gelesen am 25.4.14
- 12 <https://www.wwf.ch/de/hintergrundwissen/klima/>, geles. 25.4.14

Literatur

- Avenir Suisse (28.2.2014): Das Globalziel: Weniger Zuwanderung trotz Freizügigkeit.
http://www.avenir-suisse.ch/wp-content/uploads/2014/02/mediencommuniqu%C3%A9_weniger_zuwanderung_trotz_freiz%C3%BCgigkeit.pdf
- Bauman, Zygmunt (2013): Does the Richness of the Few Benefit us All? Cambridge
- Baumann, Hans; Ringger, Beat (Hrsg) (2011): Richtig steuern. Wie mit Steuern jährlich 25 Mia Franken an die Bevölkerung rückverteilt werden können. Zürich
- Baumann, Hans; Ringger, Beat (2012): Unternehmenssteuern: Schweiz raubt andern Ländern jährlich CHF 29.2 bis 36.5 Milliarden Steuereinnahmen.
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Unternehmenssteuern_Sept_12.pdf
- Baumann, Hans; Ringger, Beat (2013): Care, Produktivität, Emanzipation: Der Care-Imperativ. Zürich
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Der_Care_Imperativ_Beitrag_in_Jahrbuch_2013.pdf
- Blocher, Christoph (25.4.2014): Der Wirklichkeit verpflichtet. In: Das Magazin. Zürich
- Borner, Silvio; Brunetti, Aymo; Straubhaar, Thomas (1990): Schweiz AG – Vom Sonderfall zum Sanierungsfall? Zürich
- Bourguignon, François (2013): Die Globalisierung der Ungleichheit. Hamburg
- Brand, Ulrich (2013): Interview zu seiner Arbeit in der Enquete-Kommission zu Lebensqualität, Buen Vivir und zur ökologischen Umverteilungsdebatte.
<http://www.albanknecht.de/publikationen/Interview-Ulrich-Brand-Lebensqualitaet.pdf>
- Crouch, Colin (2013): Jenseits des Neoliberalismus. Ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit. Wien
- Dällenbach, Ruth et al. (2014): Für eine offene und solidarische Schweiz. Grundsatzerklärung nach der Abstimmung vom 9.2.14.
http://www.denknetz.ch/IMG/pdf/Grundsatzerklaerung_def-2.pdf
- Demirović, Alex (2013): Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung. Münster

- Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2010): Zu reich für den Kapitalismus. Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion. Zürich
http://www.denknetz.ch/IMG/pdf/Text_Krise_der_gesellschaftlichen_Investitionsfunktion_def-2.pdf
- Denknetz Fachgruppe Politische Ökonomie (2010): Zur ›Too-big-to-fail-Problematik‹: Finanzdienste als Service public. Zürich
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Finanzdienste_als_Service_public_Juni_2010.pdf
- Denknetz-Kerngruppe (2011): Die Denknetz-Reformagenda. Zürich
http://www.denknetz.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Reformagenda_April_2011-2.pdf
- Dörre, Klaus (2013): Kapitalismus im Wachstumsdilemma: Die Verdrängung der ökologischen Krisendimension und ihre Folgen. In: Denknetz-Jahrbuch 2013. Zürich
- Edition Le Monde Diplomatique (2002): USA. Das vermessene Imperium. Berlin
- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EDI (2002): Wachstumsbericht. Bern
- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EDI (2008): Wachstumsbericht. Bern
- Erklärung von Bern (Hrsg.) (2011): Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz. Zürich
- Fatheuer, Thomas (2011): Buen Vivir. Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur. Heinrich Böll Stiftung, Berlin
<https://www.boell.de/de/content/buen-vivir-recht-auf-gutes-leben>
- George, Susan (2001): Der Lugano-Report oder Ist der Kapitalismus noch zu retten? Reinbek
- Hessel, Stéphane (2011): Empört Euch! Berlin
- Himmelstein, David; Woolhandler, Steffie; Campbell, David (2012): Costs of health care administration in the United States and Canada. In: New England Journal of Medicine 349/3003, updated 2012
- Hilary, John (2014): Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen.
http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP-Hilary_de.pdf 2014
- Kissling, Hans (30.5.2014): Vorwärts ins 19. Jahrhundert. In: Das Magazin. Zürich
- Köppel, Roger (2012): Wir 1992er. Editorial der Weltwoche 48/2012

<http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2012-48/editorial-wir-92er.die-weltwoche-ausgabe-482012.html>

- Nuss, Sabine (2011): Die Tragödie der Nutzenoptimierer. Elinor Ostrom und die Commons. In: Denknetz-Jahrbuch 2011. Zürich
- Piketty, Thomas (2014): Capital in the Twenty-First Century. Cambridge
- Pogge, Thomas (2011): Weltarmut und Menschenrechte. Kosmopolitische Verantwortung und Reformen. Berlin/New York
- Ringger, Beat (2010): Die Denknetz-Investitionsagenda. Eine Skizze. Zürich
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Denknetz_Investitionsagenda._Beat_Ringger.pdf
- Rosa, Hartmut (2012): Der unheilvolle Pakt
<http://www.gegenblende.de/18-2012/++co++4e7c6fe2-38a8-11e2-aecc-52540066f352>
- Rosa, Hartmut; Lessenich, Stephan (2014): Weil Kapitalismus sich ändern muss. Wiesbaden
- Schatz, Holger (2013): Die Erwerbsarbeitsblase. In: Ruth Gurny, Ueli Tecklenburg (Hrsg.). Arbeit ohne Knechtschaft. Zürich
- Schöchli, Hansueli (19.4.2014): Die hohen Kosten der Managerlöhne. NZZ vom 19.4.2014, S. 25
- Schweizerischer Bundesrat (2010): Gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung.
- Stalder, Felix. Die digitalen Commons (2011). In: Denknetz-Jahrbuch 2011. Zürich
- Trojanow, Ilija (2013): Der überflüssige Mensch. St.Pölten–Salzburg–Wien
- Vitali, Stefania; Glattfelder, James B.; Battiston, Stefano (2011): The network of global corporate control. Zürich
<http://www.plosone.org/article/info%3Adoi%2F10.1371%2Fjournal.pone.0025995>
- Vobruba, Georg (2006): Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft. Wiesbaden
- Wegelin, Yves (13.4.2013): Das Kapital, das die Menschen holt. In: WOZ Nr. 11/2014
- Welzer, Harald (2013): Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand. Frankfurt a.M.